



Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Niedersachsen und seine Mitgliedsgewerkschaften des Öffentlichen Dienstes - GdP, GEW und ver.di - haben heute in Hannover ihre Forderungen für das Haushaltsjahr 2016 an den niedersächsischen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider überreicht. Zum Auftakt der Haushaltsklausur der Landesregierung übergaben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter große Pakete an den Regierungsvertreter, die die Forderungen der Beschäftigten an Rot-Grün symbolisierten. Die Landesregierung müsse ausreichend Mittel vorsehen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst nachhaltig zu verbessern, die innere Sicherheit zu stärken und den Bildungsbereich besser auszustatten, so der Kern der Botschaft.

Der **Leiter des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen, Detlef Ahting**, forderte das Land auf, ausreichend Mittel für eine bessere Mitbestimmung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im Haushalt einzustellen. Dazu gehörten bessere Freistellungen für Personalräte, erweiterte Mitbestimmungsrechte bei Privatisierungen oder Ausgründungen sowie die Zulassung von Wirtschaftsausschüssen analog des Betriebsverfassungsgesetzes unterhalb von 200 Beschäftigten. Das Personalvertretungsgesetz sei entsprechend zu modernisieren.

Weiterhin ist das Land aufgefordert, den überfälligen Ausgleich für jahrelange Altersdiskriminierung in Niedersachsen vorzunehmen.